REICHSAUSGABE **PREIS 10 PF.**

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 90461 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 88 A — BERLIN • Freitag, den 14. April 1932 — muß heißen 15.4. — 1. JAHRGANG

AUS DEM INHALT:

Was Stegerwald zu sagen wagte.
Mord und Terror in einer Woche.
Unrechtmäßige Freiheitsberaubung.
NS-Führer zum SA-Verbot.
Viele Köpfe — viele Parteien.
China blutet — was tut Europa?

Generalreinigung.

Zum Verbot der SA und SS. — Nur der erste Schritt.

Hk. **Berlin, 13. April.**

Nach stundenlangen Besprechungen der Polizeiminister der Länder ist heute nachmittag das Verbot der SA und SS für das ganze Reich herausgekommen. Und zwar als Notverordnung HINDENBURGS.

In Berlin und anderen preußischen Städten ist die polizeiliche Schließung der Heime und Büros der SA und SS im Gange. Dabei wird „alles vorgefundene schriftliche Material einschließlich der Karteien beschlagnahmt" (soweit den NS nichts an der Beseitigung solchen Materials lag, zu der sie ausreichend Zeit hatten).

*

Kurz nach Bekanntwerden des SA-Verbots sprach THÄLMANN im Sportpalast — unter riesigen v o r Bekanntwerden des Verbots angebrachten Inschriften, die den „Kampf den HITLER und SEVERING" anmeldeten. THÄLMANN ging gleich auf das Verbot ein. Vom Standpunkt der kommunistischen Parole, nach der der „Sozialfaschismus" der größte Feind der Arbeiterschaft ist, kann THÄLMANN in dem neuen Verbot nichts anderes sehen als ein abgefeimtes Betrugsmanöver der Bourgeoisie.

Was THÄLMANN zu seiner Beurteilung des SA-Verbots bringt, ist der Klassenstandpunkt, der ihn in einer Maßnahme, die mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparats durchgeführt wird, in der Regel nichts Gutes für die Arbeiterschaft wittern läßt. Dieser Argwohn ist berechtigt, und man muß die Frage prüfen und daraufhin die Ereignisse der kommenden Wochen beobachten: welche Interessen verfolgen die maßgebenden reaktionären Mächte (Kapitalismus, Militarismus, Klerikalismus), wenn sie das SA-Verbot zulassen?

THÄLMANN macht sich die Stellungnahme zu einfach: für den kommunistischen Schematismus existiert z. B. der Klerikalismus als selbständige Macht nicht. Ich will aber hier auf THÄLMANN nicht näher eingehen, sondern einiges zu der aufgeworfenen Frage sagen.

1. Leicht verständlich ist das SA-Verbot vom Standpunkt des klerikalen Interesses. HITLER ist für das Zentrum ein angenehmer Kumpan nur, solange er als ein *Knecht* der Reaktion dabei hilft, das Volk zu ducken. Er wird aber unangenehm für das Zentrum, sobald er sich zum *Herrn* der Reaktion aufwirft, der alle ihre Bestrebungen *seinem* Prinzip, dem Nationalismus, *unterordnen* will. Eine solche Unterordnung unter ein von dem der Kirche verschiedenes weltanschauliches Ziel verträgt das Zentrum nicht. HITLER hat sich in letzter Zeit viele derartige Herren-Uebergriffe in einer rüden Weise gestattet. Es ist also verständlich, daß das Zentrum ihn in seine Schranken zurückweist, ohne sich dabei durch allzu große Schroffheit die Brücken zu einem bescheidener gewordenen HITLER abzubrechen. (Die amtliche Begründung des SA-Verbots ist höflich gegen die NSDAP.) Eine schärfere Haltung des Zentrums gegenüber den NS trat eindeutig wohl zuerst in der programmatischen Rede des Prälaten KAAS, vom Anfang März, hervor („Funke" vom 6. März). BRÜNINGS Haltung gegenüber den NS wurde im Wahlkampf von Wahlgang zu Wahlgang schärfer.

2. Wie aber steht es mit dem Interesse des Militarismus, repräsentiert vor allem in der Person GROENERS? Dieses Interesse geht dahin, neben der für die Zwecke des Militarismus nicht ausreichenden Reichswehr Wehrverbände zur Wehrhaftmachung des Volkes heranzuziehen. Hier lag wohl GROENERS Widerstand gegen das SA-Verbot begründet. Nun hat er es doch unterschrieben. Für die Befriedigung des militaristischen Interesses bieten sich ja auch anderswo ungeahnte Möglichkeiten, wenn GROENER die liebevolle Anteilnahme, die er bisher den NS zuwandte, in Zukunft auf das „Reichsbanner" überträgt. Zwar waren die NS-Trupps militärisch mehr auf der Höhe als es das „Reichsbanner" ist, das nicht über einen so großen Stab fähiger Offiziere verfügt. Aber was nicht ist, kann ja — besonders mit Unterstützung GROENERS — noch werden. Man muß jedenfalls auch diese Entwicklungsmöglichkeit ins Auge fassen, wenn sie auch befremdend wirkt. Es ist nicht unbedingt sicher, daß dem Verbot der SA das des „Reichsbanners" folgen wird.

3. Am undurchsichtigsten ist vorläufig die Frage, wie das kapitalistische Interesse bei dem SA-Verbot auf seine Kosten kommt. Die kapitalistische Aufgabe der SA war: als Knüppelgarde gegen eine rebellierende Arbeiterschaft bereitzustehen. Weshalb verzichten die Kapitalisten jetzt auf diese Knüppelgarde? Ist ihnen die Durchführung der außenpolitischen Verhandlungen, die die Krise erleichtern sollen, und die durch die SA-Beunruhigung gestört werden, im Augenblick wichtiger als die Knüppelgarde? Es geht ja zum Sommer, die Not wird etwas geringer, und die Arbeiterschaft ist ja so weit von Rebellion entfernt! Es scheint, daß die Kapitalisten sich die Durchsetzung weiterer Lohnabbaumaßnahmen ohne Unterstützung oder drohende Bereitschaft der kostspieligen SA zutrauen.

Ein abschließendes Urteil muß man von den kommenden Erfahrungen abhängig machen.

Aber soviel ist sicher: Ohne eine tatkräftige Unterstützung durch Aktionen der Arbeiterschaft bleibt das Verbot der SA ein Schlag ins Wasser — wenigstens soweit es den Faschismus bannen helfen soll.

*

Den Text der Notverordnung und die amtliche Begründung bringen wir im Innern des Blattes.

---

h **Berlin, 13. April.**

Die Telegraphen-Union erfährt über die Vorgeschichte des SA-Verbots von „gut unterrichteter Seite", daß die Notverordnung bereits am Montag fertiggestellt war, jedoch wegen gewisser Bedenken noch zurückgehalten wurde. Den Bedenken standen jedoch die Forderungen der großen Länder, vor allem außer Preußens auch Bayerns gegenüber.

*

Diese Notiz beleuchtet die Rolle des Klerikalismus bei dieser Aktion.

Der Krisenkongreß.

Rpt. **Berlin, 13. April.**

Der Krisenkongreß des ADGB am 13. April, über den wir in dieser Nummer ausführlich berichten, war mehr als Kundgebung gedacht, denn als Diskussionstagung. Er sollte die Forderung nach Arbeitsbeschaffung gegenüber der Oeffentlichkeit nachdrücklich unterstreichen, vor allem gegenüber der Reichsregierung. BRÜNING war eingeladen und hatte zugesagt, auf dem Kongreß zu sprechen. Er kam nicht (vielleicht wegen der Vorbereitungen zum Verbot der SA). An seiner Stelle sprach STEGERWALD. Was er sagte, war eine enttäuschende Ueberraschung für alle, die von der Regierung ein kampfloses Eingehen auf die Forderungen der Gewerkschaften erwartet hatten. Die begründeten Vorwürfe, er habe die Durchführung der V i e r z i g s t u n d e n - W o c h e im Interesse der Unternehmer verschleppt, beantwortete STEGERWALD durch den Hinweis, drei Wochen nach seiner Zusage auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß — die er ja nicht gut leugnen konnte! — sei England von der Goldwährung abgegangen, und die Reichsregierung habe am 8. Dezember eine sehr notwendige und richtige Notverordnung erlassen. Diese Beweisführung hat wohl keinen der Anwesenden überzeugt! Mit Sicherheit stellte STEGERWALD eigentlich nur L o h n k ü r z u n g e n in einzelnen Gewerben in Aussicht, die notwendig seien „zur Angleichung". Für völlig nichtssagend halten wir seine Stellungnahme zur Frage der A r b e i t s b e s c h a f f u n g, also zum Hauptprogrammpunkt der Gewerkschaften: Wenn . . . und wenn . . . unter der Voraussetzung, daß . . ., soll geschehen, was geschehen kann. So ungefähr sprach STEGERWALD.

Wir halten es nicht für klug, daß TARNOW — anscheinend, um zu retten, was nicht zu retten war — die Rede STEGERWALDS nicht kritisierte, sondern wohlwollend interpretierte. Besser war, daß STEGERWALD von manchen Kollegen in der Diskussion eine deutliche Antwort erhielt. Sogar der preußische Ministerpräsident BRAUN gehörte fast in die Reihe dieser Redner. Fatal wirkte allerdings, daß er für die Zeit nach den Wahlen verhieß: Dann müssen wir mit aller Herzhaftigkeit das Arbeitslosenproblem anfassen. — War dazu nicht in früheren Regierungsjahren mehr Gelegenheit, als der Kollege BRAUN wahrgenommen hat?

STEGERWALD hat zugesagt, im engeren Kreis das Problem der Arbeitsbeschaffung zu diskutieren. **Wir erwarten, und alle organisierten Arbeiter und Angestellten erwarten vom ADGB: daß er in dieser Diskussion die F ü h r u n g ergreift. Daß die Gewerkschaften nicht nur fromme W ü n s c h e in dieser Richtung haben, sondern die Führung ernsthaft w o l l e n.**

Die Bestätigung dafür möchten wir gern aus den Schlußworten von EGGERT entnehmen:

Wenn wir sagen: „Das Maß ist voll", dann müssen wir verlangen, daß die Reichsregierung glaubt, daß das Maß wirklich voll ist.

Und wenn sie es nicht glaubt? „D a ß sie es nicht glaubt, beweist schon der eine Umstand, daß der Reichsarbeitsminister es wagte, auf diesem Kongreß überhaupt von Lohnsenkung zu sprechen.

Es ist die Aufgabe aller Kollegen im Reich, die Gewerkschaftsführung immer wieder auf den Weg der kräftigen Vertretung der Interessen der Kollegen zu drücken und zu stoßen. In diesem Sinne wiederholen wir der Gewerkschaftsführung gegenüber EGGERTS Worte: Das Maß ist voll'

Barrikaden im Brüxer Streikgebiet.

l **Brüx, 13. April.**

Ein Teil der streikenden Bergarbeiter im Brüxer Revier versuchte am Mittwoch, den Generalstreik im ganzen Gebiet zu erzwingen. Vor vielen Fabriken sammelten sich Gruppen von Streikenden an, die die Arbeitenden zur Niederlegung der Arbeit bewegen wollten, was ihnen in vielen Fällen gelang. In Oberleutensdorf kam es zwischen einer mehrere tausend Köpfe zählenden Menschenmenge und Gendarmerie zu Plänkeleien, so daß Militär zu Hilfe gerufen werden mußte. Als Kavallerie anrückte, wurden Zäune und Balken auf die Straße geworfen, so daß die berittenen Truppen nicht vordringen konnten. Ein Soldat wurde durch einen Steinwurf schwer, drei Polizisten leicht verwundet. Darauf drang die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett gegen die Barrikaden vor, die geräumt wurden. Der Zuzug von Streikenden aus der ganzen Gegend nach Brüx dauerte am Nachmittage noch an, und man befürchtet erneute heftige Zusammenstöße.

Bei den Versuchen, in die militärisch abgesperrte Stadt Brüx in Böhmen zu gelangen, griffen die streikenden Bergarbeiter an vielen Stellen die Gendarmerie- und Militärabteilungen an. An vielen Stellen machte das Militär von den Waffen Gebrauch. In der Komotauer Straße gab das Militär eine Salve ab, wodurch drei Tote und 14 Verletzte auf dem Platze blieben. In der Stadt Komotau kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Gendarmerie und Streikenden. Hier wurden acht Arbeiter verletzt.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse wurden die in Prag geführten Verhandlungen über die Beilegung des Streiks unterbrochen.

l **Warnsdorf, 13. April.**

Die böhmische Industrie wird durch den Bergarbeiterstreik bereits getroffen und droht mit Betriebsstillegung infolge Kohlenmangels. In Oberkreibitz hat die größte Glasfabrik des Ortes, die Firma A. MEYER und Sohn, ihrer Arbeiterschaft von 120 Mann bereits am 12. April gekündigt. Sollte sie dazu übergehen, den Ofen zu löschen, so wäre damit ein monatelanger Stillstand verbunden, da der Wiederinbetriebsetzung ein neuer Ofenbau vorausgehen müßte.

Der außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften.

Leipart eröffnet.

In seiner Eröffnungsansprache begründete LEIPART nach Begrüßung der erschienenen Kollegen und Regierungsvertreter die Verlegung des Kongresses, der ursprünglich auf den 23. März anberaumt war, damit, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in voller Oeffentlichkeit erörtert werden sollte. Zur Zeit des Osterfriedens hätte man hinter verschlossenen Türen tagen müssen, obgleich nicht zugegeben werden könne, daß dieser Kongreß eine eigentlich politische Kundgebung sein solle oder als solche aufgefaßt werden könne. Er solle aber doch eine öffentliche Kundgebung sein. Der ADGB habe nicht hinter verschlossenen Türen der Reichsregierung seine Unzufriedenheit kundgeben wollen.

LEIPART gab einen Ueberblick über die verschiedenen Entschließungen und Forderungen des ADGB zur Wirtschaftskrise. Aus dem, was er einleitend zur gegenwärtigen Tagung sagte, heben wir hervor:

Keine Gefährdung der Währung!

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken.

Durch Arbeitsbeschaffung zu innerem Frieden.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Ein Skandal!

Wir fordern gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten. Wir empfinden es als einen Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird. Es ist ein Skandal, daß Hunderte und Tausende von Pensionären den Arbeitslosen die Arbeitsplätze wegnehmen. Es ist tiefbedauerlich, daß die Frage der Doppelverdiener immer noch nicht befriedigend gelöst ist. Für Zehntausende wäre Arbeit da, wenn dieser Skandal aufhörte.

Die Kaufkrafttheorie ist richtig!

Von Unternehmerseite ist uns immer wieder gesagt worden, wenn wir einwilligen würden in Lohnkürzungen und damit zur Kostensenkung helfen würden, dann würde alles besser werden. — Dauernd wurden die Löhne gesenkt mit staatlicher Hilfe. Alle Hoffnungen und alle Versprechungen sind getäuscht worden. Nichts hat sich gebessert. Wo hat sich ein Vorteil der Kostensenkung gezeigt? (Zuruf: In den Kassen der Nationalsozialisten!)

Man hat dauernd gespöttelt über die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften. Hat sich die Kaufkrafttheorie nicht doch als richtig erwiesen? Indem man die Kaufkraft der Massen vernichtete, trieb man Industrie, Handel und Gewerbe in immer größere Schwierigkeiten hinein. Ich muß zu meinem Bedauern wiederholen, was ich in Frankfurt am Main gegen die staatliche Hilfe beim Lohnabbau gesagt habe: Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen, einmal, weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum andern, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärft und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrt hat.

Das haben wir immer wieder gesagt, ihr alle mit mir. Die Regierung hat auf die Arbeitgeber gehört, und so kam zu allen früheren Lohnsenkungen noch der allgemeine zwangsweise Lohnabbau vom 8. Dezember dazu. Die Notverordnung brachte zwar daneben auch eine zwangsweise Senkung der Preise. Wir haben sofort unsere starken Zweifel geäußert an dem Gelingen dieser guten Absicht. Unsere Zweifel haben sich nun vor aller Welt als berechtigt erwiesen. Sogar die Zeitschrift des Arbeitgeberverbandes gibt das zu.

Aber selbst das hat die Arbeitgeberverbände nicht gehindert, zum 30. April fast alle Tarifverträge zu kündigen, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die dem unsinnigen Verlangen der Arbeitgeber nachgeben und den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Prozent aufzwingen.

Der Kongreß erhebt entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Noch immer Vertrauen.

Man darf nicht ungestraft für Millionen von Volksgenossen das Glück der Arbeit auf unabsehbare Zeit vernichten. Man hat das nicht ungestraft getan. Die Folge haben wir in der politischen Entwicklung deutlich genug vor Augen gesehen.

STEGERWALD hat in Frankfurt gesagt: Das deutsche Volk müßte sich schämen, wenn es sich nicht die Kraft zur Ueberwindung des Winters zutraute. Wir haben ihm alle zugestimmt. Wir brauchen uns nicht zu schämen. Denn wir haben den Winter überstanden.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entsagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern im Interesse des Volkes, im Interesse des Staates.

An die Adresse Frankreichs.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat besonders darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so ganz arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Ich möchte fragen vor aller Oeffentlichkeit, damit meine Stimme auch nach Frankreich dringt: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Der Schrei nach Arbeit.

Der Bundesvorstand und Bundesausschuß sind mit mir der Meinung, daß wir unmöglich länger die Hände in den Schoß legen dürfen mit Rücksicht auf die Außenpolitik

Wir haben diesen Kongreß einberufen, um von hier aus heute die Forderung der Arbeitsbeschaffung mit aller Stärke in das Land hinaus zu schreien.

Ich eröffne den Kongreß mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß dieser Schrei gehört wird.

Eggert: Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Warum künstliche Arbeitsbeschaffung?

Während die Industrie- und Agrarkrise wirtschaftlichen Ursprungs sind, ist die Vertrauens- oder Kreditkrise aus der politischen Beunruhigung der Völker entstanden. Darum ist heute kein gesundes Kernstück vorhanden wie in früheren Krisen, das das krisenkranke Feld stützen könnte. Die gesamte Weltwirtschaft in ihrer Totalität ist getroffen bis in die letzte Wurzel. Auf natürlichem Wege ist kaum eine Besserung zu erwarten. Denn durch die politische und Kreditkrise ist fast jede Hoffnung abgeriegelt.

Darüber sich klar zu sein ist wichtig, um unsere Forderung nach künstlicher Arbeitsbeschaffung zu begreifen.

Soll die Lawine weiter rollen?

Nach Aufzählung einer großen Reihe von Tatsachen zur Kennzeichnung der Lage fuhr EGGERT fort: Ich stelle die Frage besonders an die Vertreter der Regierung: Soll diese Lawine des Leidens und des Elends hemmungslos weiter rollen? — An die Arbeiterklasse stelle ich die Frage: Kommt die Arbeiterklasse etwa durch die Welle der Deflation früher zu dem allgemeinen Zusammenbruch und damit zu einer höheren Wirtschaftsordnung? Wer das glaubt — und wir haben in Deutschland eine Partei solcher Gläubigen — der kann nach meiner tiefen Ueberzeugung für die Linderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, und wenn er noch so laut schreit. Für diese Gläubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn die Not und das Elend der Arbeiterklasse am schwersten sind.

Ich möchte es über diese Wände hinaus der gesamten Arbeiterschaft sagen: Wäre dieser Glaube geschichtlich berechtigt, dann hätte die Arbeiterklasse ein halbes Jahrhundert ihren gewerkschaftlichen und politischen Kampf umsonst geführt. Dann hätte sie besser getan, den Kapitalismus kampflos walten zu lassen. Dieser Glaube ist ein Unsinn ohnegleichen. Und wir haben alle Ursache, den Arbeitern zu sagen, daß, wer auf diesen Glauben baut, sich sehr, sehr irrt. Wir dürfen im Krisenverlauf nicht tatenlos bleiben, sonst geht nicht die Kapitalistenklasse, sondern die Arbeiterklasse zugrunde.

Sture Unternehmerforderungen.

Auch die sogenannten Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen, die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, Schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik.

Man kann mit den deutschen Unternehmern in Diskussionen nicht auf den Grund der Dinge kommen. Sie wehren stur ab: Laßt uns den Kapitalismus von allen staatlichen Fesseln befreien, und er wird gesund sein. — Dann wird er natürlich gesund sein, kannibalisch gesund sein!

Die Unternehmer fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber dasselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig.

(3. Fortsetzung.)

Darob freuten sich die Baschkiren sehr; sie nahmen ihn bei den Händen, führten ihn in ein schönes Zelt, setzten ihn auf Teppiche und Daunenkissen, ließen sich dann alle um ihn im Kreise nieder und traktierten ihn mit Kumys und Tee. Sie schlachteten auch einen Hammel und bewirteten ihn mit Hammelfleisch. Pachom holte aus seinem Wagen die mitgebrachten Geschenke hervor und verteilte sie unter die Baschkiren. Ein jeder bekam ein Geschenk und etwas Tee. Die Baschkiren waren sehr erfreut. Sie sprachen lange miteinander in ihrem Kauderwelsch und ließen dann den Dolmetsch sprechen.

„Sie lassen dir sagen," sagte der Dolmetsch, „daß sie dich liebgewonnen haben und daß es bei uns Sitte ist, jedem Gast jeden Gefallen zu erweisen und ihm für seine Geschenke Gegengeschenke zu machen. Du hast uns beschenkt; sage uns nun, was dir von unserem Besitz am besten gefällt, damit wir es dir geben."

„Am besten gefällt mir euer Land," entgegnete Pachom. „Bei uns zu Hause ist es eng, und der Boden ist erschöpft; bei euch aber gibt es viel Land, und der Boden ist so gut, wie ich noch keinen gesehen habe."

Der Dolmetsch übersetzte es. Die Baschkiren sprachen wieder lange miteinander. Pachom verstand davon kein Wort, sah aber, daß sie sehr lustig waren: sie schrien und lachten. Dann wurden sie wieder still, blickten alle auf Pachom, und der Dolmetsch sagte:

„Sie lassen dir sagen, daß sie bereit sind, dir für deine Freundlichkeit so viel Land zu geben, als du magst. Zeige nur mit der Hand, welches Land dir am besten gefällt, und es ist dein."

Sie sprachen noch eine Weile und schienen in Streit geraten zu sein. Pachom fragte, worüber sie stritten. Und der Dolmetsch sagte:

„Die einen sagen, daß man erst den Aeltesten fragen müsse und ohne seine Erlaubnis nichts hergeben dürfe; die anderen meinen aber, man könne es auch ohne ihn entscheiden."

VI

Während die Baschkiren so streiten, kommt plötzlich ein Mann in einer Fuchsfellmütze ins Zelt. Alle verstummten und erhoben sich. Und der Dolmetsch sagte:

„Es ist der Aelteste selbst!"

Pachom holte gleich den schönsten Kaftan hervor und überreichte ihm den Aeltesten; auch fünf Pfund Tee gab er ihm.

Der Aelteste nahm die Geschenke an und setzte sich auf die erste Stelle. Die Baschkiren begannen ihm sofort etwas zu erzählen. Der Aelteste hörte sie an, nickte mit dem Kopfe, daß sie schweigen sollten, und sagte zu Pachom russisch:

„Nun, ich habe nichts dagegen. Nimm dir Land, wo es dir beliebt; wir haben genügend da."

Pachom sagte sich: Was heißt das, daß ich mir so viel nehmen darf, als ich mag? Man muß es doch irgendwie schriftlich abmachen. Sonst können sie heute sagen, daß es mir gehört, und es mir morgen wieder abnehmen.

„Ich danke euch," sagte er, „für die freundlichen Worte. Ihr habt ja viel Land, und ich brauche nur wenig. Ich muß aber genau wissen, welches Stück mir gehört. Man sollte es irgendwie abgrenzen und auf meinen Namen einschreiben. Gott ist ja Herr über Leben und Tod. Ihr gebt mir das Land; vielleicht kommen aber einmal eure Kinder und nehmen es mir wieder weg."

„Du hast recht," entgegnete der Aelteste, „man kann es ja auch schriftlich abmachen."

Pachom sagte weiter:

„Ich habe gehört, daß euch neulich ein Kaufmann besucht hat. Ihr habt ihm gleichfalls etwas Land geschenkt und einen Vertrag darüber abgeschlossen; ich möchte es gerne auch so machen."

Der Aelteste begriff alles

„Das kann man wohl machen," sagte er, „wir haben auch einen Schreiber; wir wollen in die Stadt fahren und alles besiegeln."

„Und welchen Preis verlangt ihr dafür?" fragte Pachom.

„Wir haben nur einen Preis: tausend Rubel für den Tag."

Pachom verstand es nicht.

„Was ist denn der Tag für ein Maß? Wieviel Deßjatinen sind es?"

„Wir können es gar nicht berechnen," erwiderte der Aelteste. „Wir verkaufen so: wieviel Land du an einem Tag umgehen kannst, so viel gehört dir. Und so ein Tag kostet tausend Rubel."

Pachom wunderte sich.

„In einem Tage," sagte er, „kann man ja ein sehr großes Stück Land umgehen."

Der Aelteste lachte:

„Ja, und alles soll dir gehören! Wir machen aber noch eine Bedingung aus: wenn du am gleichen Tage nicht auf die Stelle zurückkommst, von der du ausgegangen bist, so ist dein Geld verfallen."

„Wie wollt ihr euch die Stelle merken, von der ich ausgehe?"

„Sehr einfach: wir werden uns auf dem Fleck, den du wählst, aufstellen und warten, bis du dein Stück Land umgangen hast. Du nimmst eine Hacke mit und bringst, wo es nötig ist, Grenzmarken an: an den Ecken gräbst du den Rasen auf, und wir werden hinterdrein mit dem Pfluge von Marke zu Marke Furchen ziehen. Du kannst einen beliebig großen Kreis machen, doch mit der Bedingung, daß du vor Sonnenuntergang an den gleichen Ort zurückkommst, von dem du ausgegangen bist. Alles, was du umgangen, ist dein!"

Pachom freute sich. Sie beschlossen, früh am Morgen hinauszugehen. Sie sprachen noch eine Zeitlang miteinander, tranken Kumys, aßen Hammelfleisch und tranken Tee. Inzwischen war die Nacht angebrochen. Die Baschkiren bereiteten Pachom ein Lager auf Daunenpfühl und gingen auseinander. Man verabredete, am nächsten Morgen zeitig aufzubrechen, um den Ort noch vor Sonnenaufgang zu erreichen.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Dokumente zum SA-Verbot.

1. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932.

§ 1.

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.

1. Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines Teiles ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zwecke der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministeriums des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadensersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3.

1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4.

1. Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 3 mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Berlin, den 13. April 1932.

Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister, der Reichsminister der Justiz.

2. Die Durchführungsverordnung.

Berlin, 13. April.

Auf Grund des § 4 Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzbl. I, S. 175) wird hiermit verordnet:

§ 1.

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsfrist zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2.

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf Seite 105 ff. der Dienstvorschrift für die SA aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten, sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärähnlichen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmann- und Musikzüge, Feldküchen, Zelte.

3. Die amtliche Begründung.

Berlin, 13. April.

Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärähnliche Organisationen der NSDAP sind heute durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. **Sie stellen ein Privatheer dar**, ein Parteiheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kasernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jeder Zeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht.

Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten.

Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legalitätserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf.

Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein.

Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde.

Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen.

Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Uebergriffe festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weiteste Volkskreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da

die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspringt einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung.

Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen. Wir müssen in schicksalshaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. **Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.**

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP **soll** nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern **ohne Härte durchgeführt werden.** Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu, wie allen anderen Parteien.

Ueber allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Wie die Betroffenen reagieren.

Hitler:

„Unsere Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschlag des Systems wird keine Parade, sondern ein Hieb sein. **Am 24. April ist der Tag der Vergeltung.** Zu dem Zweck empfehle ich Euch, meine ehemaligen Kameraden der SA und SS, folgendes an:

1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen,
2. Ihr erfüllt als Parteigenossen Eure Pflicht, indem Ihr Euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen **Wahlarbeit** als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt,
3. **Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. . .**
4. Verliert nicht den Glauben an . . . Ich werde mein Letztes hergeben für . . .

Am 24. April jedoch möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen.“

Straßer,

der Reichsorganisationsleiter der NS, sprach am Mittwoch abend in Gleiwitz, ohne das SA-Verbot zu erwähnen.

Klagges

hat „schärfsten“ Protest gegen das Verbot veröffentlicht: Das Verbot sei „im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung unzweckmäßig“; die braunschweigische Regierung sei „davon überzeugt, daß das Verbot . . . die politische Erregung der Volksmassen nur zu steigern, nicht aber herabzusetzen in der Lage ist“; sie fühle „sich verpflichtet, die Reichsregierung auf das dringlichste . . . zu warnen.“

Bis Mittwochabend war das Verbot im Freistaat Braunschweig noch nicht durchgeführt.

Auch aus Bremen liegt eine Meldung über die Durchführung noch nicht vor. In den übrigen Ländern ist die Polizeiaktion ohne ernste Unruhen vollzogen worden.

Mord und Terror der NS in einer Woche.

4. April: In Buckow bei Kottbus wurde ein Kommunist von einem NS erschossen.

In Chemnitz wurde ein Kommunist von einem NS durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

In einer Versammlung der NS in Frankfurt a. M. wurde der Vertreter des WTB, der sich Notizen machte, von hinten überfallen, zu Boden gerissen und ihm seine Manuskripte entrissen.

5. April: In einem Ort bei Emmendingen in Baden wurde ein „Reichsbanner“-Mann von einem NS durch sieben Messerstiche schwer verletzt. Ein anderer „Reichsbanner“-Mann wurde leicht verletzt.

Im Ortsteil Glöse von Chemnitz wurde ein Trupp „Reichsbanner“-Leute überfallen und aus dem Hinterhalt beschossen. Ein „Reichsbanner“-Mann erhielt einen Brustschuß, ein zweiter einen Oberarmschuß.

6. April: *In Leipzig wurden von den NS scharfe Schüsse* auf Sozialdemokraten abgegeben. Zwei Sozialdemokraten mußten mit Steckschüssen ins Krankenhaus gebracht werden.

7. April: In Köln gingen NS mit großen Schäferhunden auf „Reichsbanner“-Leute los.

8. April: Sechs Anhänger der SAJ Frankfurt-Ostend wurden in der Nacht von dreißig NS überfallen. Die NS rissen einen Jugendlichen zu Boden, traten ihn mit genagelten Schuhen und raubten ihm eine mit Organisationsmaterial gefüllte Aktentasche.

In Rüstringen kam es am Donnerstag zu einem vorbereiteten Ueberfall der SA auf KP- und SP-Versammlungen. Etwa 12 Personen wurden verletzt, darunter ein Arbeiter schwer. Die SA stachen und hieben mit Dolchmessern, Stuhlbeinen und schweren Karabinerhaken auf ihre Gegner ein und zertrümmerten den größten Teil der Saaleinrichtung.

9. April: Auf der Oranienburger Landstraße in Frohnau wurde in der Nacht zum Sonntag ein Kommunist von NS aus dem Hinterhalt erschossen.

10. April: In Hannover überfielen NS mehrere Jungbannerleute, wobei ein Jungbannermann einen Schädelbruch und Messerstiche erhielt. Die Aerzte zweifeln an seinem Aufkommen.

In Kassel wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete GOETHE von NS tätlich angegriffen und durch Messerstiche in den Unterleib schwer verletzt. Im Krankenhaus war eine sofortige Operation notwendig.

In der Nacht zum Sonntag wurden in Altona etwa 45 Schaufenster der Konsumgenossenschaft „Produktion“ und etwa 15 Fenster sozialdemokratischer Parteilokale von NS eingeworfen.

Arbeiter, schließt euch zusammen! H. D.

*

Wir bitten alle unsere Leser, an der Vervollständigung dieses Materials zu helfen durch Uebersendung von Zeitungsausschnitten (mit Angaben der Parteirichtung der fraglichen Zeitung) oder authentischen Mitteilungen anderer Art. Das gleiche gilt natürlich auch für alle anderen Gebiete, die für eine Behandlung in einer Tageszeitung überhaupt geeignet sind. **Die Schriftleitung.**

Zur Abwehr unrechtmäßiger Freiheitsberaubung.

Reichsgerichtsurteil gegen preußischen Staat.

Hk. Interessant für alle, die in die Gefahr kommen, von der Polizei unrechtmäßig in Haft gehalten zu werden, ist ein Schadenersatz-Urteil, das ein NS gegen den preußischen Staat erwirkt hat.

Im Juni 1931 wurde in Kassel ein NS gelegentlich einer Kundgebung festgenommen. Da man bei ihm unter anderem einen Stahlstock und ein Gärtnermesser fand, wurde er wegen Vergehens gegen die Polizeiverordnung über das Tragen von Stoß- und Hiebwaffen ins Gefängnis gesperrt, am nächsten Tage polizeilich vernommen, photographiert und seine Wohnung ergebnislos durchsucht. Erst am übernächsten Tage nach der Festnahme wurde der NS vom Richter vernommen und dann entlassen.

Der NS verklagte dann den preußischen Staat auf Schadenersatz für seinen Lohnausfall. Die Ursache dieses Lohnausfalls sei eine Amtspflichtverletzung der Beamten, die den Verhafteten nach ergebnisloser Durchsuchung seiner Wohnung nicht sofort entlassen, ja nicht einmal gleich dem Richter vorgeführt hätten.

Das Landgericht, das Oberlandesgericht Kassel und das Reichsgericht haben **den preußischen Staat zur Leistung von Schadenersatz verurteilt.** Es liegt also hier eine Entscheidung höchster Instanz vor.

Aus der Urteilsbegründung des Reichsgerichts: Da die Reichsverfassung die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person garantiere, sei Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Behörden nur auf Grund von Gesetzen zulässig. Gesetzlich ist aber bestimmt, daß **ein Verhafteter spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter zur Vernehmung vorgeführt werden soll.**

Sicherheit und Abrüstung.

Die „Hypothese des bösen Willens“.

f Genf, 13. April.

Der italienische Außenminister GRANDI antwortete heute in einer langen Rede auf die Ausführungen TARDIEUS. Er wies u. a. energisch die französische Auffassung zurück, daß ein Staat nach Bruch des KELLOGG-Paktes ohne weiteres auch ein internationales Abrüstungsabkommen brechen würde. Wenn man von dem Zweifel an dem guten Willen der Regierungen ausgehe, so müsse man ohne weiteres auf jedes Ergebnis der Abrüstungskonferenz verzichten. Wenn man die Möglichkeit eines Bruchs der feierlichen Verpflichtungen des KELLOGG-Paktes durch einen Staat zugebe, müsse man folgerichtig anerkennen, daß ein solcher Staat in gleicher Weise auch die internationalen Verpflichtungen, seine Rüstungen für ein gemeinsames Vorgehen des Völkerbundes zur Verfügung zu stellen, brechen würde. Es werde leichter sein, ein Versprechen, seine Armee einem anderen zur Verfügung zu stellen, zu brechen, als bereits abgeschaffte Waffen im geheimen neu anzuschaffen. Wenn die Abrüstungskonferenz von der Hypothese des bösen Willens ausgehe, so breche damit das gesamte Gebäude der Sicherheit, des Friedens und des Vertrauens zusammen, auf dem nicht nur die internationale Zusammenarbeit, sondern auch die Gemeinschaft der Völker beruhe.

GRANDI stimmte im übrigen den amerikanischen Vorschlägen zu, die er nur dahin verschärfte, daß Italien eine fortschreitende *vollständige* Abschaffung der Angriffswaffen fordere.

*

Die Rede GRANDIS wurde von der überwiegenden Mehrheit der Vertreter mit stürmischem, lang anhaltenden Beifall aufgenommen, obwohl die gegen TARDIEU vorgebrachten Gründe auf schwachen Füßen stehen. Abgesehen davon, daß der französische Plan den Aufbau einer internationalen Machtorganisation fordert, sich also gerade nicht darauf verläßt, daß die Nationen dem Völkerbund ihre Truppen zur Verfügung stellen, ist die moralische Entrüstung darüber, daß TARDIEU mit der Möglichkeit rechnet, Völkerbundsmitglieder könnten ihre Verträge brechen, geradezu lächerlich. Die Aufgabe einer Organisation des Rechts ist es, den bösen Willen unschädlich zu machen, nicht aber, ihn zu ignorieren. Andernfalls genügte zur Abschaffung der Kriege die Aechtung des Kriegs im KELLOGG-Pakt, und die Abrüstungskonferenz könnte gespart werden.

Aber auf diese Ueberlegungen kommt es wahrscheinlich weder GRANDI, noch den ihm zujubelnden Völkerbundsdelegierten an. Das berechtigte Bedenken, das gegen TARDIEU spricht und das dem Protest des Völkerbundes vermutlich auch zu Grunde liegt: die Gefahr des Mißbrauchs des Völkerbundsheeres dadurch, daß es unter den Einfluß Frankreichs gerät, wird vorsichtiger Weise nicht erwähnt. Eine Diskussion von Diplomaten, die nicht sagen, was sie denken — und was sie sagen, nicht durchdenken.

*

Die Ansprache war auf dem gleichen Niveau.

*

Die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz sind vorläufig bis Montag vormittag unterbrochen worden, vermutlich, weil man das Eintreffen des amerikanischen Staatssekretärs STIMSON und des Reichskanzlers BRÜNING abwarten will, ehe die grundsätzlichen Fragen der Abrüstung weiter behandelt werden sollen.

Der Völkerbundsrat ist zu Freitag vormittag zur Behandlung der einzelnen Vorschläge des Finanzausschusses für die Hilfsmaßnahmen für Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland einberufen worden.

Am Sonnabend tritt der Neunzehnerausschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung für den japanisch-chinesischen Konflikt zusammen.

China blutet! — Was tut Europa?

Am Donnerstag, dem 7. April, veranstaltete der ISK, Ortsverein Kassel, eine stark besuchte China-Kundgebung, in der die chinesische Genossin CHIYIN CHEN über den japanischen Ueberfall auf China und die Gegenwehr des chinesischen Volkes sprach.

Zwei Tage später eine entsprechende Versammlung in Köln, veranstaltet vom Ortsverein Köln des ISK in Gemeinschaft mit den Kölner Organisationen der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft; trotz der unmittelbar bevorstehenden Reichspräsidentenwahl war auch hier der Saal voll.

CHIYIN CHEN schildert in beiden Fällen die elende Lage der chinesischen Arbeiterschaft, ihre Unterdrückung durch die Kapitalisten ihres eigenen Volkes und die noch unmittelbare Gefährdung durch den Ueberfall der Japaner, der die Bevölkerung Schanghais mit völliger Vernichtung bedroht. CHIYIN CHEN forderte von der europäischen Arbeiterschaft Solidarität mit den chinesischen Klassengenossen, die für ihre Verteidigung bisher ganz auf sich selber gestellt sind. Durch dreierlei kann die europäische Arbeiterschaft ihnen zu Hilfe kommen: Durch die Verhinderung von Munitions- und Waffenlieferungen, durch den Boykott japanischer Waren und durch die Erweckung der öffentlichen Meinung gegen das Unrecht der japanischen Imperialisten.

In der Kölner Versammlung erhob sich von seiten kommunistischer Genossen Protest gegen diese Forderungen. Es wurde „eine klare bolschewistische Linie gegen den chinesischen Kapitalismus *und* die verräterische chinesische Nationalregierung *und* den japanischen *und* englischen *und* amerikanischen *und* sonstigen Kapitalismus“ gefordert. Alles auf einmal!

CHEN antwortete:

„Genossen, ich habe euch drei Forderungen genannt, die ihr hier in Europa erfüllen könnt und gegen die auch niemand einen ernsthaften Einwand erhoben hat. Solange ihr diese Forderungen nicht erfüllt und nur davon redet, welches die einzig revolutionäre Linie für das chinesische Proletariat sei, so muß ich erklären: Das alles sind zunächst nur Phrasen, die von der Erfüllung jener einfachen Forderungen nur ablenken.“

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Montag, dem 18. April, 20 Uhr, im Klubhaus „Am Knie“, Charlottenburg, Berliner Str. 27, eine China-Kundgebung. Frau Chiyin Chen (Schanghai) spricht über das Thema: „China blutet, was tut Europa?“ Gäste willkommen. Unkostenbeitrag 50 Pf., Mitglieder und befreundete Organisationen 30 Pf., Jugendliche und Erwerbslose 20 Pf.

Das japanische Innenministerium hat beschlossen, alle Kundgebungen am 1. Mai in ganz Japan unter freiem Himmel zu verbieten. Die Polizei ist angewiesen worden, alle Demonstrationen mit Gewalt zu unterdrücken.

Für Mitte Juni ist der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale zu einer Vollsitzung nach Moskau einberufen worden, wobei verschiedene wirtschaftliche und politische Fragen besprochen werden sollen.

Der Weltmarkt und die Schuldenfrage.

Amerikanische Vorschläge.

f New York, 14. April.

Der Vizepräsident der Chase National-Bank und frühere Direktor des Berliner Büros des Reparationsagenten, SHEPARD MORGAN, trat in einer Rede vor der Akademie für politische Wissenschaften für die Streichung aller Schulden und Reparationen ein, falls Europa bereit sei, die aus dem Versailler Vertrag sich ergebenden Fragen in den nächsten zehn Jahren zu vergessen. MORGAN gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Streichung der Schulden für die Vereinigten Staaten im Hinblick auf eine Zunahme des Handels nur ein gutes Geschäft sein könne.

In Washington beschäftigte sich der frühere Gouverneur von New York, ALFRED SMITH, der von den Demokraten als Präsidentschaftsanwärter in Aussicht genommen ist, ebenfalls mit der Schulden- und Reparationsfrage. In einer aufsehenerregenden Rede schlug er eine Schuldenneuregelung auf folgender Grundlage vor: Die Vereinigten Staaten stunden für die nächsten 20 Jahre alle Schulden. In der Zwischenzeit ziehen sie vom Nennwert der Schulden 25 Prozent des Wertes der in Amerika gekauften Waren ab. Die Endverrechnung soll dann nach 20 Jahren erfolgen. Für seinen Plan nannte er folgendes Beispiel: England kauft jährlich für 100 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten. In diesem Falle würden England jährlich 25 Millionen Dollar auf sein Schuldenkonto gutgeschrieben werden.

In politischen Kreisen in Washington wird der Vorschlag SMITHS skeptisch beurteilt.

Wirtschaftsberatungen im Unterhaus.

England wahrt seine Interessen.

m London, 12. April.

Am Dienstag wurde im englischen Unterhaus wieder die Frage der deutschen, französischen und belgischen Einfuhrbeschränkungen aufgeworfen. Der Handelsminister RUNCIMAN protestierte gegen die gegen England gerichteten Sonderbestimmungen der deutschen Kohleneinfuhrbeschränkungen und wies daraufhin, daß auch die andern Länder in der Durchführung ihrer Bestimmungen England vernachlässigten. Er schloß: „Wir können eine unterschiedliche Behandlung der englischen Waren nicht unbeachtet lassen und müssen daher die notwendigen Schritte ergreifen.“

*

Ein sozialistischer Abgeordneter brachte die Russenaufträge zur Sprache, die nach Deutschland gegangen sind, und fragte nach Maßnahmen, solche Aufträge für den englischen Handel zu sichern. Parlamentsmitglieder regten daraufhin an, das englische Kreditsystem auszubauen oder besondere Kreditabkommen mit Rußland zu treffen. Der Regierungsvertreter hielt sich zurück.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz ist am 12. 4. zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Aufhebung der bezahlten Stellenvermittlungsbüros, Zulassung von Kindern in den nichtindustriellen Betrieben, Aenderung des Arbeitsabkommens über den Schutz der Hafenarbeiter gegen Unfälle. Die deutsche Regierung ist auf der Tagung durch den früheren Reichsarbeitsminister BRAUNS vertreten. Der Vertreter der kanadischen Regierung, Senator ROBERTSON, wurde zum Vorsitzenden der Tagung gewählt.

Die Ausbrüche in Chile lassen nach.

r Valparaiso, 13. März.

Die Eruptionen haben nachgelassen. Die Verbindungen zwischen Buenos Aires und der Stadt Mendoza, die am Rande des Erdbebengebiets liegt, sind wieder hergestellt. Es hat sich herausgestellt, daß in Mendoza, das bereits einmal von einem Erdbeben vollständig zerstört worden ist, kein Schaden angerichtet wurde. Die argentinischen Fliegerabteilungen, die zur Erkundigung in den Kordilleren entsandt worden waren, konnten wegen des heftigen Sturmes ihre Aufgabe nicht lösen, haben aber festgestellt, daß sich tatsächlich eine große Anzahl erloschener und halberloschener Vulkane in voller Tätigkeit befindet. Diese scheinen aber meist auf unbewohntem Gebiet zu liegen. In Buenos Aires wurden Dämmerungserscheinungen wahrgenommen; die Asche liegt dort 9 cm hoch. Da die meisten Verbindungen in die Berggegenden, die an sich schon sehr schwierig sind, unterbrochen wurden, ist es möglich, daß die eine oder andere Ortschaft, die fernab vom Verkehr liegt, großen Schaden genommen hat. Die Verbindungen mit Chile sind unterbrochen.

Viele Köpfe — viele Parteien.

Wahlvorschläge für die Preußenwahl.

Es wurden folgende 19 Landeswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Preußische Zentrumspartei,
4. Kommunistische Partei Deutschlands,
5. Deutsche Volkspartei,
6. Nationale Front deutscher Stände (Reichspartei des deutschen Mittelstandes [Wirtschaftspartei], Deutsches Landvolk, Junge Rechte),
7. Deutsche Staatspartei,
8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
12. Deutsch-Hannoversche Partei,
14. Christlich-Sozialer Volksdienst,
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
19. Höchstgehalt der Beamten 5000 Mark. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten,
20. Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand), (früher radikale deutsche Staatspartei),
21. Nationale Minderheiten in Deutschland,
22. Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot“,
23. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Idealistische Bewegung Deutschlands,
24. Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung),
25. Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten,
26. Menschheitspartei.

Die vorstehend nicht aufgeführten Nummern sind in dem amtlichen Wahlvorschlag nicht enthalten.

Abgelehnt wurde ein von der „Deutschen Steuerzahlerschutzpartei“ in Ostfriesland eingereichter Landeswahlvorschlag, der in keiner Weise den gesetzlichen Erfordernissen entsprach.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 15. April.

Berlin:
21.00 „Der fröhliche und besinnliche WILHELM BUSCH.“

Mühlacker:
19.30 Aus WILHELM BUSCHS Werken.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Der erste Mai im zaristischen Rußland.

Sonnabend, den 16. April.

Hamburg:
18.25 Prof. EMIL WOLFF: Der indische Nationalkampf.

Königsberg:
16.00 Reg.-Rat Dr. KORALLUS: Staat und Kirche.

Langenberg:
18.40 Dr. KUESTER: Handelspolitische Zeitenwende.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Ankunft LENINS aus der Schweiz in Petrograd am 16. April 1917.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel. F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

Sonnenblumen-Oel

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier
Kanne 1.— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guericketstr. 104.

Freunde und Leser des „Funken“!

Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten Sammelt Anzeigen.

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto von Guericke Str. 104, H r I

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Der Staat soll eingreifen.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionsromantiker und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Wir haben schon immer diesen Umbau gefordert. Nach unserer Ueberzeugung ist anzunehmen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes darin einig ist, daß Bergbau, eisenerzeugende Industrie und das gesamte Bankwesen sehr bald zu verstaatlichen sind. (Zurufe: Sehr richtig!) Mehr Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, nicht geringerer, das ist das Gebot.

Arbeitsbeschaffung.

EGGERT begründet im einzelnen die Entschließung, die wir an anderer Stelle im Wortlaut abdrucken. Er fordert: Etwa 1 Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres mit den in der Entschließung genannten Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden. Er bezeichnet dazu einen Gesamtkosten-Aufwand von rund 2 Milliarden Mark als erforderlich.

Wann ist der richtige Zeitpunkt für die künstliche Arbeitsbeschaffung? Wenn wir auf der tiefsten Sohle der Konjunktur angelangt sind! Denn sonst kann der Einsatz verpuffen, so daß wir am Schluß jammerwürdiger dastehen als zuvor. Niemand kann mit 100 Prozent Gewißheit sagen, wann dieser Zeitpunkt gekommen ist. Es ist anzunehmen, daß sich nach der Konferenz von Lausanne, daß sich im Frühjahr des nächsten Jahres in der Weltwirtschaft neue Kräfte regen werden, so daß eine jetzt begonnene Arbeitsbeschaffungsaktion im Endpunkt anschließen würde an die neuen Kräfte der Weltwirtschaft. — Was würde übrigens für ein Unglück geschehen sein, wenn wir in der tiefsten Sohle ein Jahr lang eine Million Arbeitslose weniger hätten, auch ohne daß sich darüber hinaus ein Nutzeffekt für die Ankurbelung der Wirtschaft ergeben würde? Es wäre doch kein Unglück, wenigstens während eines Jahres besser wegzukommen!

Was sonst?

Aber wenn unser Vorschlag als nicht richtig anerkannt wird, haben wir dann nicht ein Recht, an die Regierung die Frage zu stellen: Wie stellt ihr euch den Fortgang der Dinge vor? Wohin steuert nach eurer Ansicht das Wirtschaftsleben? Wie wollt ihr der neuen Entwicklung Einhalt gebieten? Wir möchten uns nicht damit begnügen, daß uns geantwortet wird: Dazu etwas zu sagen, sind wir nicht verpflichtet.

Gleichzeitig mit Arbeitsbeschaffung: Preisüberwachung.

Wird das kapitalistische System die Lage auszubeuten versuchen und werden bei der Arbeitsbeschaffung die Preise in Deutschland sprunghaft steigen? Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe Preisüberwachung einsetzen, nicht nur mit den Mitteln, über die Herr GOERDELER verfügt. Die Preisüberwachung ist nur wirksam, wenn sie durch eine entsprechende Kartell- und Zollpolitik in Deutschland ergänzt wird. Wenn zoll- und handelspolitische Eingriffe erfolgen, dann kann jede Preissteigerung verhindert werden.

40-Stunden-Woche.

In der Frage der 40-Stunden-Woche war die Regierung völlig im Schlepptau der Unternehmer. Es ist kein Ruhmesblatt für Deutschland, daß lange Arbeitszeiten ein öffentliches Aergernis geworden sind. Es ist nur Entgegenkommen an die Unternehmer, wenn kein entscheidender Schritt zur 40-Stunden-Woche getan ist. Jeder Minister muß wissen und weiß, daß in dieser Notzeit die gewerkschaftliche Macht nicht ausreicht, die Ungehörigkeit der langen Arbeitszeit niederzukämpfen und zu beseitigen. Das ist keine Schwäche von uns, sondern einfach eine Tatsache. Denn die Millionen sind gewillt, zu arbeiten, auch lange zu arbeiten. Mit der langen Arbeitszeit kann nur ein Gesetz aufräumen.

Arbeitsbeschaffung bei hohen Tariflöhnen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil, sowohl im Vorprodukt, als auch in der letzten Ausführung möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen, zu Tariflöhnen, zu möglichst hohen Tariflöhnen.

Ich weiß nicht, ob die Presse richtig unterrichtet ist, daß Arbeitsbeschaffungspläne im Ministerium erwogen worden sind und daß dabei darüber beraten wurde, welche Arbeiten unter der tariflichen Lohngrenze durchgeführt werden könnten. Ich weiß nicht, ob diese Presse richtig unterrichtet war. Wenn dem so wäre — was ich noch zu bezweifeln hoffe —, dann wäre damit der Sinn der Arbeitsbeschaffung völlig totgeschlagen. Zur Ankurbelung der Wirtschaft kann sie nur führen bei Löhnen, die eine hohe Kaufkraft sichern.

Darum darf auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum sein.

Ein Appell an die Schwarzarbeiter.

In diesem Zusammenhang richtet EGGERT einen Appell an die Schwarzarbeiter, sich wenigstens auf solche Arbeiten zu beschränken, die den Berufsarbeitern, zum Beispiel den Musikern, nicht ihre Berufsarbeit zerschlagen.

Elendsbilder.

EGGERT ging dann im einzelnen auf das Elend der Arbeitslosen ein: Von den nahezu 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen länger als 59 Wochen ohne Arbeit. Ein erheblicher Teil ist seit zwei oder mehr Jahren völlig arbeitslos.

Im Bundesbüro des ADGB steigert sich die Zahl der Mitteilungen über das wachsende Elend. Namentlich ländliche Gemeinden müssen die Wohlfahrtsfürsorge an Arbeitslose bis zum äußersten einschränken. Aus einigen Gemeinden, zum Beispiel aus dem Westerwald, wird gemeldet, daß Arbeitslose bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil sie keine Unterstützung erhalten. Aus dem Murgtal erhalten wir die Mitteilung, daß in den dortigen Gemeinden Leute nur von Kartoffeln und Salz leben und es Wochen dauert, bis sie ein Stückchen Brot zu sehen bekommen.

Wir bitten nicht, sondern wir fordern.

Die allgemeine Not ist bis zur Unerträglichkeit angewachsen. Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die Verhältnisse von heute nicht sehr lange mehr ertragen werden können. Daher bitten wir nicht mehr, sondern fordern. (Lebhafter Beifall.)

Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; wer anfängt, es zu untersuchen, findet sich kaum durch in dem Wirrwarr. Wir haben den Versuch einer Berechnung gemacht: Von 1924 bis heute ist beinahe eine halbe Milliarde Mark an die Industrie gegeben worden. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast 1 Milliarde. Die Osthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung auf 80 Millionen, die Osthilfe 1931 auf 90 Millionen. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930 bis 1931 auf 2 Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Prozent. Der Hausbesitz wurde durch die Reform der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinhandel ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden.

Nun hat die Arbeiterschaft, haben die Gewerkschaften, besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitere an der Finanzierungsmöglichkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Ich glaube, wenn die Regierung die Fahne erhebt und sagt: Wir wollen jetzt aus eigener Kraft eine Anstrengung machen, um den Millionen wenigstens zum Teil wieder Arbeit zu geben, dann wird das deutsche Volk aufatmen, dann werden wir die Feinde der Republik schlagen, und Deutschland wird gesunden.

Was Stegerwald zu sagen wagte.

In Frankfurt habe ich ihnen gesagt, daß wir über den bevorstehenden schweren Winter hinüber kommen werden. Und wir sind mit großen Mühen und Opfern über den Winter hinübergekommen. Inzwischen hat sich die deutsche Lage ungefähr so fortentwickelt, wie ich das im Herbst angenommen habe. Die Mittel zur Arbeitslosenunterstützung haben immer gerade gereicht.

Sein Mitgefühl.

Ich werde auch heute keine Illusionen erwecken. Die heutige Lage ist schwerer zu übersehen. Drei große Unsicherheitsfaktoren stehen vor uns:

Erstens: die Reparationskonferenz.

Zweitens: Wann ist der Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise zu erwarten?

Drittens: In welchem Tempo ist größere innenpolitische Beruhigung zu erzielen?

Bei der Betonung aller Schwierigkeiten nehme ich für mich in Anspruch: Ich lasse mich an Mitgefühl für die Lage der Arbeitslosen von keinem Kongreßteilnehmer übertreffen.

Ich bin über die Ursache der Krise anderer Ansicht.

Nicht Lohnkürzungen sind die Hauptursache der Schrumpfungen der Wirtschaft. Das geht schon daraus hervor, daß dann die Wirtschaftsschrumpfung in den USA und England nicht ausreichend erklärbar wäre! (Die Löhne dort waren eben auch nicht hoch genug! Red.)

85 Prozent der Etats der öffentlichen Hand bestehen aus Personalausgaben, Unterstützungen, Tilgung und Verzinsung von Anleihen. Ohne daß die Gehälter um 2½ Milliarden Mark gekürzt wurden, wäre ein Ausgleichen der Etats nicht möglich gewesen. Oder glaubt jemand, die Etats hätten ohne diese Kürzungen, etwa durch neue Steuern in Ordnung gehalten werden können? Die Etats müssen aber ausgeglichen sein, weil sonst die Währung nicht gehalten werden kann.

Die soziale Tat von 1931.

Trotz der Tatsache, daß in vielen Ländern die Währung verfallen ist und Deutschland im Mittelpunkt der Krise steht, ist die deutsche Währung erhalten worden. Das ist die größte soziale Tat, die 1931 von einer deutschen Regierung erwartet werden konnte. Neben dieser großen sozialen Tat sind die Lohnkürzungen nur Sachen zweiter Ordnung.

Warum stehen denn so viele Vertreter der Großwirtschaft zu HITLER? Doch weil sie durch eine zweite Inflation ihre Schulden los werden wollen!

Im Schlepptau der Unternehmer?

Der Berichterstatter hat gemeint, die Reichsregierung habe sich in der Frage der Arbeitszeit stark im Schlepptau der Unternehmer befunden. So ist das nicht. Ich wüßte nicht, was ich für einen Anlaß dazu haben sollte, der ich seit Jahren in der Arbeiterbewegung gestanden habe.

Die hilfreiche Hand.

Man hat die hilfreiche Hand der Reichsregierung gegenüber den Banken beanstandet. Glauben Sie, wir hätten die Banken aus Liebe zu den Aktionären der Banken gestützt? Bei der Danat-Bank und der Dresdner Bank gab es 750 000 Konten-Inhaber; diese hatten drei Millionen Arbeitnehmer. Keine andere Bank hätte diese Konten übernehmen können; ohne die Stützung der beiden Banken hätten wir also schon Ende August 7 Millionen Arbeitslose gehabt. Die Banken haben die Unterstützung bekommen nicht aus Liebe zu den Aktionären. An dem einen Beispiel schon können Sie sehen, daß die Reichsregierung nicht auf Kommando der Arbeitgeber einschwenkt, sondern daß viele sachliche Notwendigkeiten vorliegen.

Vorausgegessenes Brot.

Nach der Aufzählung von Arbeitsmöglichkeiten, bei der er an erster Stelle die Siedlung nennt, fährt STEGERWALD fort: Was jetzt in Angriff genommen wird, ist vorausgegessenes Brot. Was jetzt gemacht wird, wird später nicht gemacht. Ueber dieses Bedenken muß man sich aber hinwegsetzen in solchen Notzeiten.

Die einzige Frage ist: Wie Mittel beschaffen? Auch in dieser Frage sind wir in Uebereinstimmung insofern, daß auch 1932 wie 1931 alles aufgeboten werden muß, um eine zweite Inflation zu vermeiden.

Der Minister will diskutieren.

Auseinandersetzungsgegenstand ist also nur: das Ausmaß der Arbeitsbeschaffung und die Auswahl der Arbeitsmöglichkeiten. Darüber muß noch sehr ernsthaft in kleinerem Kreise diskutiert werden.

Vor uns stehen zwei Fragen: Wie kann der Schrumpfungsprozeß aufgehalten werden? Wie können möglichst viele Arbeitslose von der Straße weggebracht werden? Das ist nicht ein und dasselbe: Zusätzliche Arbeit mit normalen Löhnen kostet viel Geld; Arbeit in der Form des freiwilligen Arbeitsdienstes kommt billiger, schafft aber keine zusätzliche Kaufkraft. Man wird beides tun müssen.

Der Minister bringt faule Entschuldigungen.

Man hat gesagt, in Frankfurt hätte ich in der Frage der Arbeitszeit Hoffnungen hinterlassen, die sich nicht erfüllt haben.

Die Gründe dafür sind: Drei Wochen nachdem ich bei ihnen war, ist das englische Pfund zusammengestürzt, und am 8. Dezember wurde eine Notverordnung erlassen, die meiner festen Ueberzeugung nach eine Notwendigkeit war.

Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitsstreckung wird in diesem Jahre nicht beibehalten werden können. Die Frage wird schon in nächster Zeit mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen werden. Wenn sich dabei keine Einigung erzielen läßt, so wird nichts übrig bleiben als eine Notverordnung.

Lohnsenkung.

Eine weitere allgemeine Senkung der Löhne kommt nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums nicht in Frage. In einzelnen Gewerben und Standorten sind noch Angleichungen notwendig, weil im Januar 1927 die Relation der Löhne zwischen den verschiedenen Gewerben anders war als im Dezember 1931. Die Angleichung soll aber nicht das Signal zu einer allgemeinen Lohnsenkung sein.

Arbeitsbeschaffung in vierter Linie.

Wenn man die wirtschaftlichen Aufgaben des Jahres 1932 nach ihrer Wichtigkeit ordnet, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinsfuß versorgt werden.

2. Die Haushalte der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das

3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung, an der im Jahre 1932 ebensowenig wie im Jahre 1931 gerüttelt werden darf.

4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen.

Dabei müssen wir uns alle klar sein, daß wir mit dem Jahre 1932 noch ein schweres Jahr vor uns haben. In diesem Jahre dürfen wir trotz aller Beschwernisse nicht schlapp machen, weil es im Jahre 1932 um die deutsche Zukunft geht.

Die Diskussion.

In der Diskussion sprachen eine Reihe Kollegen teils für ihre Berufe, teils für einzelne Gebiete. Da wir aus Raummangel keinen vollständigen Tagungsbericht geben können, bringen wir aus jeder Diskussionsrede nur das sie besonders Kennzeichnende.

Den Anfang machte **BERNHARD** vom Baugewerksbund als Vertreter derjenigen Gewerkschaft, bei der die Arbeitslosigkeit prozentual am größten ist. Er forderte den Reichsarbeitsminister auf, den Reichswirtschaftsminister daran zu erinnern, daß es eine Verordnung gäbe über unwirtschaftliche Preisbindungen und daß davon noch kein Gebrauch gemacht worden sei.

METZ vom Metallarbeiterverband betont: Ihm fehle der Glaube daran, daß in der Frage der Arbeitsbeschaffung von der Regierung der Nachdruck eingesetzt werde, der da war, als Subventionen ausgeschüttet wurden. Er nennt es mit Recht einen Skandal, daß die deutsche eisenverarbeitende Industrie für deutsches Eisen wesentlich mehr zu zahlen habe als die ausländischen Konkurrenten.

SCHMIDT vom Bergbau-Industriearbeiterverband fordert die Nationalisierung der wichtigsten Grundlagen unseres industriellen Lebens: Kohle, Eisenerz, Kali. Wertvolle Anfänge lägen vor; der Staat besitze schon einen Anteil an der Produktion.

LENGERSDORF vom Gesamtverband antwortet auf zwei Punkte von STEGERWALDS Rede: Daß die schematische Senkung der Löhne ein Unrecht bedeute, diese Feststellung hätten die Gewerkschaften schon im voraus gemacht. Unverständlich sei nun, daß das Unrecht nur beseitigt werden könne durch neue Lohnkürzungen. Auch den Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Pfundsturz könne er nicht verstehen. — LENGERSDORF rühmt dann, daß es in Deutschland eine öffentliche Wirtschaft gebe, wie in keinem anderen Land der Erde außer Rußland. In ihr seien 50 Milliarden Mark angelegt. Es sei notwendig, alle Zweige der öffentlichen Wirtschaft durch kluge Organisation zusammenzufassen. Er fordert eine Konjunkturpolitik der öffentlichen Betriebe der Art, daß sie in guten Zeiten Reserven ansammeln, um in Zeiten der Krise zu helfen und die dann fehlende Kraft der kapitalistischen Wirtschaft zu ersetzen.

ARNDT, der die Verhältnisse in Sachsen schildert, weist mit Recht darauf hin, daß man das Gespenst der Inflation gerade dann an die Wand malt, wenn es sich um Arbeitsbeschaffung handelt.

Ministerpräsident **OTTO BRAUN** betont zur Frage der Subventionen, daß die Anträge zumeist nicht nur die Direktoren der Werke stellten, sondern daß auch die Vorsitzenden der Betriebsräte darauf drängten, durch Subventionen, die Aufrechterhaltung des Betriebes zu sichern.

Der Krisenkongreß.

Fortsetzung der Diskussion.

Wenn die Wirtschaft gut geht, so könnte der Staat viel leisten; dann würde man es aber nicht von ihm fordern. Weil es der Wirtschaft schlecht geht, wird viel gefordert. Und weil es der Wirtschaft schlecht geht, ist der Staat nicht in der Lage, viel zu leisten! Das ist die Tragik.

Man darf nichts tun, was die Wirtschaft weiter schrumpfen läßt. Wenn man sich in Unternehmerkreisen einbildet, man könne den Export steigern, wenn man den Lebensstandard der Arbeiter herabdrücke: Halten die deutschen Unternehmer die Unternehmer draußen für dümmer?

Sobald die inneren Schwierigkeiten behoben und Entscheidungen getroffen sind und sich ausgewirkt haben, dann werden wir mit aller Herzhaftigkeit das Arbeitslosenproblem anfassen müssen. Dann wird eine ganz radikale Herabsetzung der Arbeitszeit notwendig sein. Dann werden Opfer auf allen Seiten verlangt werden. Bei Arbeitsstreckung werde die psychologische Seite der Sache die Wirtschaft weiter ankurbeln. Dann würden wir aus diesem Sumpf herauskommen, in den uns der unselige Krieg mit seinen Folgen hineingebracht hat.

TARNOW (Holzarbeiter-Verband): Es scheint, als ob auch die Reichsregierung, nach den sehr vorsichtigen Erklärungen des Reichsarbeitsministers, für die ich durchaus Verständnis habe, zu der Ansicht gekommen ist, daß positive Maßnahmen getroffen werden müssen und können.

Wir sind geschichtlich an dem Zeitpunkt angelangt, wo es mit der Vergewaltigung der freien Wirtschaft immer weiter geht. Es ist notwendig, noch viel mehr Wirtschaft unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Wenn wir von Arbeitsbeschaffung reden, ist das mehr als ein augenblickliches Notprogramm. Wir sind überzeugt, daß ohne *dauernde* Führung der Wirtschaft durch den Staat die Zukunft dauernd düster und trübe bleiben muß. Die Zeit großzügiger, umfangreicher privater Investitionen ist überhaupt vorbei. Wenn die öffentliche Wirtschaft das nicht ersetzt, so kommen wir nicht auf die Beine.

Das ist der Fluch des kapitalistischen Systems, daß wir durch Investitionen uns hindurcharbeiten müssen, um an Verbrauchsgüter heranzukommen. Konsumgüter sind im Kapitalismus Abfallprodukte; Hauptprodukte sind die Kapitalgüter.

SPLIEDT (Berlin) fordert die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung.

THIEMIG (Fabrikarbeiter-Verband, Hannover) sagt kräftig: Meine Ausführungen richten sich nicht nur an Regierung und Staat, sondern auch an die Arbeiterklasse selber. Wenn sie ihre Hoffnungen nur richtet auf die anderen, kann sie noch sehr lange warten. Darum muß der Kongreß ausklingen in den Appell: Laßt euch eure letzte Waffe nicht rauben. Das ist die gewerkschaftliche Organisation.

Ein Kollege aus Ostpreußen sprach von seinem vergeblichen Kampf gegen die Korruption bei Vergebung der Subventionen. Tausende und Millionen seien ausgegeben worden, denen der Staatsanwalt nachgehen müßte.

SCHAPPEL (Berlin) sprach über die Lage der Eisenbahner. Die Reichsbahn belaste zur Zeit den Arbeitsmarkt, statt ihn zu entlasten. In den Werkstätten und bei der Bahnunterhaltung sei eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend erforderlich. 170 000 Arbeiter arbeiteten an diesen Stellen 51 bis 54 Stunden in der Woche, manche bis zu 57 Stunden.

Zum Schluß der Diskussion sprach **KREUZER** (Landarbeiter-Verband). Er ging vor allem auf die Frage der Siedlung ein. Heute kämen auf eine Siedlerstelle 10 bis 15 Anwärter. Bald würden aber viele Hektar auf den Markt kommen. Außerdem sei Geld nötig durch Vermittlung der Siedlungsbank, damit in schnellerem Tempo gesiedelt werden könne. Auch sollen zahlreiche Güter in genossenschaftliche Bewirtschaftung genommen werden. Durch all diese Maßnahmen sollten Arbeiterfamilien selbständige Arbeit erhalten.

Diese letzte Diskussionsrede klang klar aus in die Forderung: Wir wollen Arbeit und Unterstützung.

Schlußwort.

„Was möglich ist, soll getan werden."

EGGERT faßt zusammen: Die Debatte hat die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung unterstrichen. Ich darf feststellen, daß der Kongreß sich einig ist in dem Willen, für die Arbeitsbeschaffung die ganze Kraft der Gewerkschaftsbewegung und der Parteibewegung (er meint mit „Bewegung" hoffentlich nicht nur die erstarrte SPD, Red.) einzusetzen.

Eine Bemerkung des Reichsarbeitsministers wollen wir festhalten:

„Was möglich ist, soll für die Arbeitsbeschaffung getan werden."

„Wenn es nicht möglich sein sollte — so wollen wir hinzufügen, —, mit dem heutigen kapitalistischen System das Notwendige zu tun, dann muß es gegen dieses System getan werden.

Das Maß ist voll.

Daß wir im vergangenen Winter durchkamen, verdanken wir der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn wir jetzt sagen: Das Maß ist voll, wir können diesen Zustand von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen nicht länger ertragen, dann müssen wir verlangen, daß das Kabinett überzeugt ist: das Maß ist wirklich voll. Hier sind wir uns alle einig: Wenn es nicht gelingt, im Laufe der nächsten Wochen und Monate auf dem Arbeitsmarkt eine merkliche Erleichterung zu erreichen, dann steuern wir in einen Herbst und Winter hinein, von dem niemand weiß, wie er aussehen wird. Man darf uns nicht mehr vertrösten. Wir stehen in der Tat in der zwölften Stunde.

Nach Ausführungen über die Notwendigkeit einer Konjunkturpolitik schließt EGGERT: Wir werden nun bei der Regierung vorstellig werden und im Auftrag des Kongresses unsere Forderungen eingehender begründen.

Sie werden durch Annahme der Entschließung dem Bundesvorstand das Mandat übertragen, für die Arbeitsbeschaffung und darüber hinaus für den Umbau der Privatwirtschaft in eine höhere Ordnung zu sorgen.

Arbeitsbeschaffung ist die Forderung der Zeit. Mit dieser Forderung wollen wir durchdringen und über diese Forderung hinaus unsere Kraft aufbieten, damit eine Wirtschaftsordnung Platz greift, die solche unerhörten Erschütterungen für die Zukunft ausschließt, eine Wirtschaftsordnung, in der jeder, der Menschenantlitz trägt, ein menschenwürdiges Dasein fristen kann.

*

SCHUMANN stellt fest, daß die Entschließung von keiner Seite angefochten ist und erklärt damit — nach dem leisen Widerspruch eines Kollegen — die Entschließung für einstimmig angenommen. Er spricht die Hoffnung aus, daß den Worten des Reichsarbeitsministers bald die Taten folgen mögen.

Nach einem Bekenntnis zum Staat von Weimar, in dem die Arbeiterschaft ihren Staat erblicke, und den sie zu einem sozialen Staat ausgestalten wolle, richtet LEIPART das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, daß sie allen auf Beseitigung der Verfassung gerichteten Bestrebungen rücksichtslos entgegentrete. (Beifall). „Wenn sie das tut, wird sie auch weiterhin die deutsche organisierte Arbeiterschaft in geschlossener Front an ihrer Seite finden."

LEIPART fordert auf, nachdem zwei Etappen im Kampf um die Existenz der Republik erfolgreich bestanden seien, am 24. April „alles daranzusetzen, um die faschistische Gefahr zu bannen, damit der feste Hort der Volksrechte, Preußen, erhalten bleibe. In diesem Sinne möchte ich den Kongreß schließen, den Kongreß, der im Reichstag, im Hause des deutschen Volkes, tagte, in dem die Geschicke der Republik entschieden werden. Ich glaube diese Tatsache zum Anlaß nehmen zu sollen, um abweichend von der Regel, mit der wir sonst unsere Kongresse schließen, heute einen anderen Schluß zu wählen. Sie werden einverstanden sein, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unsere deutsche Republik und die organisierte Arbeiterschaft, die Arbeiterbewegung, lebe hoch!"

Rpt.

Entschließung des Krisenkongresses.

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden; ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln: Freitag, den 15. April, 20.15 Uhr, im Kolonialhaus, Aachener Str. 5. Thema: Die Wahlen. Parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen. Redner: MARIA HODANN (Berlin).

Leipzig: Sonnabend, 16. April, um 20 Uhr, Volkshaus, Zeitzer Str. 32. Thema: Die Niederlage der Arbeiterschaft bei der Reichspräsidentenwahl und deren Ursachen.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Hann.-Münden: Freitag, den 15. April, um 20.30 Uhr, spricht im Saale des „Volkshauses" CHIYIN CHEN aus Schanghai über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. — Freie Aussprache. Eintritt 10 Pf.

Wilhelm Busch.

Zu seinem hundertsten Geburtstag.

H. F. Wiedensahl, wo WILHELM BUSCH am 15. April 1832, also gerade vor 100 Jahren, geboren wurde, klingt an Wunsiedel an, das ebenfalls recht kleine Städtchen, in dem JEAN PAUL geboren wurde. Zwischen Wunsiedel und Wiesendahl, zwischen JEAN PAUL und WILHELM BUSCH liegen alle Möglichkeiten deutschen Humors. JEAN PAUL ist der unpopulärste, WILHELM BUSCH der populärste unter ihnen. WILHELM BUSCH ist mehr und weniger als ein Dichter. Er ist mehr, denn er ist ja dazu noch ein Zeichner. Seine Verse sind nicht immer Selbstzweck, sondern zumeist Mittel zum Zweck, Begleittext der Zeichnung. WILHELM BUSCH ist sicher der beste Textdichter seiner eigenen genialen Zeichnungen. Vers und Zeichnung führen bei ihm eine unvergleichlich harmonische Ehe.

Er ist weniger als ein Dichter, insofern als viele seiner Verse, an und für sich betrachtet, platt und flach erscheinen können. Aber man wird ihm so nicht gerecht: Vers und Zeichnung zusammen ergeben erst das Werk. Und wie leuchtet dieses Werk ein, auf den ersten Anhieb — ohne alle Erläuterung. Da gibt es nichts zu raten, zu deuteln. Kinder lachen über ihn und Greise. WILHELM BUSCH hat sich so weise ausgedrückt, daß selbst der dem Grübeln Abgeneigteste lachend in das Fahrwasser dieses Denkers gerät. Denn ein Denker ist WILHELM BUSCH zweifellos auch, ein Denker, der seine eigene Philosophie zu belächeln fähig ist. Daß gerade dieser Einsame, dieser Junggeselle, dieser Eremit, der den schönen Vers dichtete: „Wer einsam ist, der hat es gut, weil keiner da, der ihm was tut", dem Volke einging, wie kaum ein Zweiter, krönt jene herzlichen Gereimtheiten, die zum Wesen dieses großen Menschen und Künstlers gehören.

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
So hab' ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;
Zum zweiten denken sich die Leut',
Der Mann ist lauter Redlichkeit;
Auch schnapp ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;
Und viertens hoff' ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.

Es sitzt ein Vogel auf dem Leim,
Er flattert sehr und kann nicht heim.
Ein schwarzer Kater schleicht herzu
Mit Krallen scharf und Augen gluh'.
Am Baum hinauf und immer höher,
Kommt er dem Vogel nah und näher.
Der Vogel denkt: Weil das so ist
Und weil mich doch der Kater frißt,
So will ich keine Zeit verlieren,
Will noch ein wenig quinquilieren,
Und lustig pfeifen wie zuvor.
Der Vogel, scheint mir, hat Humor!

Das Zahnweh, subjektiv genommen,
Ist ohne Zweifel unwillkommen;
Doch hat's die gute Eigenschaft,
Daß sich dabei die Lebenskraft,
Die man nach außen oft verschwendet,
Auf einen Punkt nach innen wendet
Und hier energisch konzentriert.
Kaum wird der erste Stich verspürt,
Kaum fühlt man das bekannte Bohren,
Das Rucken, Zucken und Rumoren,
Und aus ist's mit der Weltgeschichte!
Vergessen sind die Kursberichte,
Die Steuern und das Einmaleins,
Kurz, jede Form gewohnten Seins.
Was sonst real erscheint und wichtig
Wird plötzlich wesenlos und nichtig.
Ja, selbst die alte Liebe rostet,
Man weiß nicht, was die Butter kostet.
Denn einzig in der engen Höhle
Des Backenzahnes weilt die Seele,
Und unter Toben und Gebraus
Reift der Entschluß: Er muß heraus!

Das Gute, dieser Satz steht fest,
Ist stets das Böse, was man läßt.

Enthaltsamkeit ist das Vergnügen
An Sachen, welche wir nicht kriegen.

Hier strotzt die Backe voller Saft,
Da hängt die Hand, gefüllt mit Kraft.
Die Kraft, infolge der Erregung,
Verwandelt sich in Schwungbewegung;
Bewegung, die in schnellem Blitze
Zur Backe eilt, wird hier zur Htize.
Die Hitze aber durch Entzündung
Der Nerven brennt als Schmerzempfindung
Bis in den tiefsten Seelenkern,
Und dies Gefühl hat keiner gern.
Ohrfeige heißt man diese Handlung;
Der Forscher nennt es Kraftverwandlung.

REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto: Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 87 A | BERLIN • Donnerstag, den 14. April 1932 | 1. JAHRGANG

Frankreichs „lateinische Schwester".

Italienisch-französische Gegensätze.

R.B. In seiner großen Rede im Senat über die Außenpolitik Frankreichs sprach TARDIEU über die Donauföderation, und in diesem Zusammenhang über die Beziehungen Frankreichs zu Italien. Er sprach von der Notwendigkeit einer wirklichen Verständigung mit der „lateinischen Schwester". Wir wollen hier weniger nach dem Grund fragen, warum TARDIEU diese Verständigung zur Zeit verlangt, ein Angebot, das von der italienischen Presse sehr reserviert beantwortet worden ist. Wir wollen die Probleme betrachten, die gelöst werden müssen, wenn eine solche Verständigung hergestellt werden sollte.

In den Liedern, die die faschistische Jugend und die Studenten in Italien singen, werden Korsika, Nizza, Savoyen, die jetzt zu Frankreich gehören, als italienische Erde gerühmt, Frankreich als der stets lauernde Feind betrachtet.

Die italienische Presse steht diesen chauvinistischen Chorgesängen nicht ablehnend gegenüber. In dem Buch SALVEMINIS: „MUSSOLINI Diplomate", das in Paris erschienen ist, werden bezeichnende Aussprüche der italienischen Presse zitiert:

„Korsika ist ein Stück Italien, deshalb handelt Frankreich an ihm nicht wie eine Mutter. . . . Schon durch den Besitz Korsikas verletzt Frankreich alle elementaren Grundsätze der Gerechtigkeit, die in der Revolution von 1789 verkündet worden sind. Wenn Italien Korsika zurückverlangt, so ist das nicht dasselbe wie der Imperialismus von Frankreich."

„Tunis ist uns von Frankreich gestohlen worden. . . . Es muß uns zurückgegeben werden, weil wir eine dichtere Bevölkerung haben als Frankreich."

Woher dieser feindselige Ton des „Telegrafo", des „Corriere de la Sera", diese Gereiztheit, die zur Kriegsstimmung führt? Schon sprechen, — und nicht erst seit gestern, — junge Soldaten in Frankreich, die von Manövern an der italienischen Grenze zurückkommen, von kriegerischen Perspektiven, von den strategischen Straßen, die sie dort gesehen haben, von den Unterständen aus Beton mit Maschinengewehren und all den Rüstungen, die enthüllen, womit die Regierungen rechnen.

In der italienischen Presse wird die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich offen erörtert.

Hier ist eine der offnen Wunden, die an der Gesundung Europas zehren.

*

Die Ursache für die Spannung zwischen Frankreich und Italien liegt keineswegs nur in dem Cäsarenfimmel des „römischen" MUSSOLINI. Man muß in die Zeit des Weltkrieges zurückgehen, um die Ursachen des italienischen Chauvinismus zu begreifen.

1915 hat die französische Regierung mit Versprechungen nicht gekargt, um Italien zu veranlassen, in den Krieg einzutreten. In London wurde der Vertrag abgeschlossen, der Italien u. a. folgende Gebiete garantierte: Das Gebiet am Brenner, Dalmatien, Stücke von Albanien, von den griechischen Inseln, von den türkischen Besitzungen in Asien. Falls Frankreich und England ihre Kolonialreiche auf Kosten Deutschlands in Afrika ausdehnen würden, sollte Italien entschädigt werden.

Wie sah es nachträglich mit dem Halten der Versprechungen aus?

Italien mußte auf Dalmatien verzichten und sah in Jugoslawien unter französischem Wohlwollen einen Staat entstehen mit 14 Millionen Einwohnern. Das war die erste empfindliche Enttäuschung. Die Provinz in Türkisch-Asien verblaßte wie eine Fatamorgana. Der Sieg KEMAL PASCHAS machte diese Ansprüche zunichte. Als Kompensation für das Wachstum des englischen und französischen Kolonialgebiets in Afrika bekam Italien einen Streifen Wüste mit ein paar Oasen.

Den nächsten Schlag erfuhr Italien von Frankreich in der tunesischen Angelegenheit, am Ende des Krieges, als Frankreich es nicht mehr für nötig hielt, sich Italien

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Kreuzer gegen Arbeitslose

m London, 12. April.

Der englische Kreuzer „Dragon" traf am Dienstag in St. Johns, Neufundland, ein. Der neufundländische Gouverneur hatte ihn als Beistand angefordert für den Fall eines neuen Aufstandes der Arbeitslosen.

*

Diese Meldung beweist, was allerdings für manche Menschen und vor allem für Angehörige der Arbeiterklasse eigentlich nicht mehr zu beweisen nötig sein dürfte, daß die Panzerkreuzer und ähnliche Waffen nicht so bloße Spielereien sind wie viele uns noch immer weismachen möchten. Selbst wenn also schon imperialistische Kriege gelegentlich auch für Kapitalisten unrentabel sein sollten, so lohnt es sich für sie noch immer, sich mit Mordwaffen zu versehen, um sich die mit Recht empörte Arbeiterschaft im Ernstfalle vom Halse halten zu können.

Daß Arbeiterführer der Bourgeoisie bei dieser Bewaffnung noch behilflich sind, ist selbstverständlich weder zu billigen noch auch nur zu verstehen.

AUS DEM INHALT:

Severing und Noske gegen die NS.
Sicherheit und Abrüstung.
Eindrücke von Japan.
Wahlen in Oesterreich.
Eine demokratische „Glanzleistung".
Wer bezahlt die Sanierung der englischen Baumwollindustrie?
Konsumgenossenschaften und freier Wettbewerb.
Vulkanausbrüche in Chile.
Der Mensch in gesunden u. kranken Tagen.

Gewerkschaften kündigen Taten an.

ADGB zu den Verhandlungen beim Arbeitsminister.

Zur Vorbereitung der am kommenden Freitag nach längerer Pause wieder stattfindenden Besprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern über lohnpolitische und arbeitsrechtliche Fragen haben — so wird amtlich mitgeteilt — am Dienstag wie üblich getrennte Aussprachen der Sachberater des Ministeriums mit Vertretern der Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über ihre Wünsche zu den Beratungsgegenständen stattgefunden. Die Besprechungen waren vertraulich.

Der Bundesausschuß des ADGB, der am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus getagt hat, nahm auch zur Aussprache im Ministerium über die Lohnfrage Stellung. Einmütig wurde in Uebereinstimmung mit dem Lohnpolitischen Ausschuß des ADGB, jeder weitere Einbruch in den Lohn als unmöglich abgelehnt. Auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne der hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Berufe noch mehr als bisher dem allgemeinen Lohnabbau anzupassen, wurde schärfster Widerstand der Gewerkschaften angekündigt.

Die Gemeindearbeiter fordern Einsatz aller Mittel gegen Lohnabbau.

Die Tarifkommissionen der Gemeindearbeiter und der kommunalen Straßenbahner nahmen am Dienstag im Verbandshause des Gesamtverbandes gemeinsam Stellung zu den Kündigungen der Mantel- und Lohntarife. Von den Kündigungen werden über 315 000 Gemeindearbeiter und kommunale Straßenbahner erfaßt.

In den Verhandlungen wurde nochmals festgestellt, daß durch die vier Lohnkürzungen im Jahre 1931 und durch Arbeitszeitverkürzungen, Beseitigung von Mehrarbeit, Entlassungen und Pensionierungen das Lohnkonto der Gemeindebetriebe allein für diese Gruppen um mehr als 30 Prozent verringert worden ist. Besonders betont wurde, daß die treibende Kraft bei den Lohnkündigungen das Reichsfinanzministerium und das Reichsarbeitsministerium — das zuständige Ministerium für Lohn- und Tariffragen — vollständig in den Hintergrund gedrängt ist. Durch die Kündigung der Manteltarifverträge wird eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge beabsichtigt; ferner die Herausnahme bestimmter Gruppen, so des Gesundheitswesens und der Parkarbeiter aus diesen zentralen Verträgen. Also soziale Reaktion auf allen Gebieten.

Die Vorschläge des Verbandsvorstandes über die einzuschlagenden Gegenmaßnahmen fanden einstimmige Billigung der Kommissionen. Die nachstehende Entschließung, die den einmütigen Abwehrwillen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner zum Ausdruck bringt, fand einstimmige Annahme.

„Die am 12. April 1932 in Berlin gemeinsam tagenden Reichstarifkommissionen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner im Gesamtverband nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Bezirksarbeitgeberverbände auf Anweisung des Reichsarbeitgeberverbandes die bestehenden Lohntarifverträge zum 30. April 1932 gekündigt haben. Trotzdem die Lebenslage der Arbeitnehmer der Städte und Gemeinden im Jahre 1931 durch Lohnkürzungen erheblich verschlechtert wurde, sollen die Stundenlöhne mit Wirkung vom 1. Mai 1932 erneut gekürzt werden. Die Tarifkommissionen erklären, daß eine weitere Belastung durch Lohnkürzungen für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner — auch nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers am 17. August 1931 und dem Schiedsspruch vom 1. November 1931 — völlig untragbar ist. Jede weitere Lohnsenkung wird den schärfsten Widerstand der Gesamtkollegenschaft hervorrufen.

Von der Reichsregierung fordern die Reichstarifkommissionen, den § 7 Ziff. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung aufzuheben, weil durch die mehrmaligen Lohnkürzungen und den weiteren erheblichen Einkommensverlust, durch Beseitigung aller Mehrarbeit und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit diese Bestimmung als erfüllt anzusehen ist. — Des weiteren nehmen die Reichstarifkommissionen davon Kenntnis, daß die Reichsmanteltarifverträge für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner ebenfalls vom Reichsarbeitgeberverband zum 30. April gekündigt sind. Die Reichstarifkommissionen erklären schon heute, daß eine weitere Verschlechterung des sozialen Inhalts dieser Verträge nicht kampflos hingenommen wird. Vom Verbandsvorstand wird gefordert, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die drohende Verschlechterung der Lebenslage für die Mitglieder des Gesamtverbandes abgewehrt wird.

Aufgabe der Mitgliedschaft muß es aber sein, diesen Kampf für Erhaltung ihrer Rechte einheitlich und geschlossen zu führen und für den Ausbau des Verbandes tatkräftig einzutreten. Eiserne Disziplin und geschlossenes Handeln ist dringender denn je das Gebot der Stunde."

*

Wie ernst es den Gewerkschaften ist mit ihrem Widerstand, werden wir nach ihrem Verhalten nach dem Krisenkongreß beurteilen können. In den nächsten Tagen und Wochen werden die Gewerkschaften endgültig Aufschluß über ihr Verhalten zur neuen Lohnabbauwelle geben.

SA, eine Existenzgrundlage.

Stimme aus der Schwerindustrie.

Die „Kölnische Zeitung" wendet sich gegen ein etwaiges Verbot der SA: „Es handelt sich hier auch um das staatspolitische Problem, ob Hunderttausende von jungen Leuten, die — zum größten Teil arbeitslos — in den SA-Formationen eine Existenzgrundlage gefunden haben, der Anarchie preisgegeben werden sollen. . . . Man möge sich nicht darüber täuschen, daß mit der Zerschlagung äußerer Organisationsformen ein im täglichen Zusammensein gefestigter Zusammenhalt noch nicht zerrissen wird."

*

Diese Aeußerung stammt, wie die Telegraphen-Union mitteilt, „von besonderer Seite". Von welcher? Wohl aus den Industriellen-Kreisen, die hinter der „Kölnischen Zeitung" stehen, und vor denen HITLER im Januar in Düsseldorf sprach und aß. Diese seine Herren wissen ja, ob die SA eine Existenzgrundlage bietet; denn sie wissen, was sie für die Schaffung dieser Existenzgrundlage zahlen.